

Ein indischer Gott wünscht keinen Damenbesuch

Der Kampf der Frauen für die Gleichberechtigung im Tempel für politische Zwecke usurpiert



Zwei Frauen nach einem misslungenen Versuch im Dezember 2018, den Sabarimala-Tempel zu betreten.

AFP

BRITTA PETERSEN, DELHI

Der indische Teilstaat Kerala ist für sonnige Strände sowie Wellness- und Ayurveda-Kuren bekannt. Derzeit ähnelt er aber eher einem Laboratorium für gesellschaftlichen Wandel. Ende vergangener Woche kam bei gewalttätigen Ausschreitungen um einen Tempel im indischen Teilstaat Kerala ein Mann ums Leben, und 15 weitere wurden verletzt. Der Grund: Drei Frauen hatten sich zum ersten Mal Einlass zum Sabarimala-Tempel verschafft, der lange Zeit für das weibliche Geschlecht im gebärfähigen Alter tabu war.

Zuvor hatten sich rund fünf Millionen Frauen in einer 620 Kilometer langen «Frauen-Wand» quer durch Kerala aufgestellt, um gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu protestieren. Zu dem Protest aufgefordert hatte die kommunistische Teilstaatsregierung.

Brinda Karat, Mitglied im Politbüro der Kommunistischen Partei Indiens (CPI-M), sagte: «Die Frauen in Kerala haben Geschichte geschrieben, indem sie eine Wand des menschlichen Widerstands gegen die Kräfte der Dunkelheit errichtet haben.» Karat kritisierte die in Delhi regierende Hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) für deren «toxische, frauenfeindliche» Politik.

Frauenwand von 620 Kilometern

Die BJP bezeichnete die Frauen-Wand als «totalen Misserfolg» und «Verschwendung von Regierungsgeldern und -ressourcen». Innenminister Rajnath Singh sagte, die Regierung in Delhi habe einen Bericht von der Teilstaatsregierung angefordert. Die Lage in Kerala müsse bald unter Kontrolle gebracht werden. Ein Sprecher der BJP sprach von «staatlich geförderter Gewalt».

Dabei kommt der Konflikt, der Ende September durch ein Urteil des Obersten Gerichts in Delhi ausgelöst wurde, allen politischen Parteien wie gerufen. Zwischen dem 26. März und dem 7. April finden in Indien Parlamentswahlen statt, und die Saga um Frauenrechte, einen zölibatären Gott und den indischen Rechtsstaat erlaubt es Politikern aller Couleur, sich bei ihren Anhängern ausgiebig zu profilieren.

Die BJP unter Premierminister Narendra Modi hat Ende letzten Jahres Wahlen in wichtigen Teilstaaten verloren und ist zum ersten Mal seit Amtsantritt 2014 wirklich unter Druck. Für die Partei ist der Tempel-Streit eine gute Gelegenheit, konservative Hindus hinter sich zu vereinen. Die oppositionelle Kongress-Partei und die Kommunisten hingegen nutzen die Gelegenheit, sich als fortschrittliche Alternative und Verteidiger des Rechtsstaats zu profilieren.

Der Konflikt um den dem Gott Ayyappa geweihten Tempel auf einem dichtbewaldeten Hügel im Periyar-Tiger-Reservat ist nicht neu. Bereits Dokumente aus der britischen Kolonialzeit berichten, dass der Gott Ayyappa im Zölibat lebe und daher keinen Frauenbesuch wünsche.

1991 lehnte das Hohe Gericht des Teilstaates Kerala eine Klage ab, die bezweckte, Frauen im Alter zwischen 10 und 50 Jahren Einlass in den Tempel zu verschaffen. Das Gericht argumentierte damals, es handle sich um eine geheiligte Tradition. Erst seit da wurde strikt darauf geachtet, dass jüngere Frauen dem Sabarimala-Tempel fernbleiben. Zuvor hatte es wohl hin und wieder Ausnahmen an Feiertagen gegeben.

Am 28. September des vergangenen Jahres verwarf dann das oberste Gericht Indiens das Urteil des Kerala High Court. Es befand, dass die bestehende Tradition und Praxis mit einem Verbot, das Mitgliedern unterer Kasten den Zugang zu Tempeln verwehre, gleichzusetzen sei. Beides aber verstosse gegen das in der Verfassung verankerte Verbot der Diskriminierung.

Das hinduistische Konzept einer «rituellen Unreinheit» sogenannter Unberührbarer (heute: Dalits) war in Indien vor der Unabhängigkeit der Grund, weshalb diesen der Zugang zu vielen Tempeln verwehrt blieb. Die Verfassung von 1947 hat diese Praxis offiziell beendet, doch die Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes ist mitunter schwierig.

Hindu-Traditionalisten berufen sich auch im Falle des Sabarimala-Tempels auf das Argument der «rituellen Unreinheit» menstruierender Frauen. Eine Auffassung, gegen die Feministinnen in Indien schon lange wütend zu Felde ziehen. Nachdem sich vergangene Woche drei Frauen Einlass in den Tempel verschafft hatten, vollzogen Priester dort umfangreiche Reinigungsrituale. Jedoch halten auch viele Frauen in Kerala an der Tradition fest, nicht zuletzt, weil die Aktivistinnen oft aus linken Parteien und Gruppierungen kommen und in dem Ruf stehen, keinen Glauben zu haben.

Der Konflikt ist aber nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Tradition und Moderne, sondern auch Ausdruck gesellschaftlichen und politischen Wandels. «Man kann nicht leugnen, dass die Leute überall religiöser geworden sind,

auch wegen des Niedergangs des Marxismus», sagt die Journalistin PS Nirmala aus Kerala.

Der Teilstaat wird traditionell von der Kommunistischen Partei regiert und entsendet die grösste Zahl von Wanderarbeitern in die Golfstaaten. Viele von ihnen sind Christen und Muslime und sind so zu Geld gekommen. Dadurch hat sich laut Nirmala das soziale Gleichgewicht in Kerala verschoben. Hindus hätten Angst, abgehängt zu werden; dies habe zu einer Verhärtung in religiösen Fragen geführt.

Macht der Tradition

Der Premierminister von Kerala, Pinarayi Vijayan, sagte, die Regierung könne nicht zulassen, «dass politisch motivierte Gewalt ein Gerichtsurteil sabotiere». Für seine Partei ist die Auseinandersetzung eine Gelegenheit, sich als die frauenfreundliche Kraft des Fortschritts zu präsentieren.

Es verheisse nichts Gutes für die indische Republik, wenn gegenüber einem Gerichtsurteil in böser Absicht und mit dem zynischen Kalkül auf weitere politische Konflikte religiöse Anarchie geschürt werde, mahnt Pratap Bhanu Mehta, Vizekanzler der Ashoka-Universität in Delhi.

Am Wochenende eröffneten Frauenrechtlerinnen in Kerala einen neuen Kampf. Sie fordern Zugang zum zweithöchsten Berg des Staates, auf dem der Heilige Agasthya Muni verehrt wird. Dort verbietet die lokale Stammesbevölkerung Frauen den Zutritt. Vor den Wahlen im Frühjahr wird kaum Ruhe in Kerala eintreten.



NZZ-Infografik/jok

Der Aufstand in Gabun dauerte nur ein paar Stunden

Putschende Soldaten nutzen die Abwesenheit des kranken Präsidenten – doch der Staatsstreich scheitert

DAVID SIGNER, DAKAR

Eine Gruppe von Soldaten hat im zentralafrikanischen Land Gabun versucht, die Macht an sich zu reißen. Am Montagmorgen verlasen die Putschisten im staatlichen Radio eine Erklärung, in der sie die Armee und die Bevölkerung dazu aufriefen, sich zu erheben. In den Strassen der Hauptstadt Libreville zirkulierten Panzer, im Morgengrauen waren Schüsse zu hören. Ein gewisser Ondo Obiang Kelly, der sich als Leutnant und stellvertretender Befehlshaber der Republikanischen Garde präsentierte, erklärte sich zum Anführer des bis anhin unbekanntes Mouvement patriotique des jeunes des forces de défense et de sécurité du Gabon (MPJFDS), das angeblich die Demokratie wiederherstellen wollte.

Eine Frage der Würde

Der 59-jährige Präsident von Gabun, Ali Bongo Ondimba, erlitt am 24. Oktober letzten Jahres in Saudiarabien offenbar einen Hirnschlag und ist seither nicht mehr nach Gabun zurückgekehrt. Er befindet sich gegenwärtig in der marokkanischen Hauptstadt Rabat, von wo aus er sich am 31. Dezember zum ersten Mal wieder öffentlich äusserte, offensichtlich in immer noch etwas geschwächtem Zu-

stand. Die Putschisten bezogen sich in ihrer Rede auch auf diesen Auftritt und nannten ihn einen erbärmlichen Versuch, sich an die Macht zu klammern, und eine Schande für das Land, das seine Würde verloren habe.

Während der Abwesenheit des Präsidenten wurde ein Teil der Regierungsbefugnisse dem Premierminister und dem Vizepräsidenten übertragen. Die Aufständischen sprachen in diesem Zusammenhang von einer illegitimen und illegalen Konfiskation der Macht. Im Laufe des Vormittags erklärte der Regierungssprecher, die Situation sei unter Kontrolle. Zwei der Putschisten seien getötet worden, drei verhaftet. Unter den



NZZ-Infografik/efl.

Festgenommenen befindet sich auch der Anführer Ondo Obiang Kelly, den man einige Stunden nach seiner Flucht aus dem Radiostudio offenbar unter einem Bett versteckt fand. Im Laufe des Tages kam es in Libreville zu vereinzelt Unruhen und Scharmützeln mit der Polizei.

Von Bongo senior zum Junior

Gabun galt bis anhin als eines der stabilsten Länder der Region. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1960 wurde das Land am Atlantik von lediglich drei Staatsoberhäuptern regiert. Von 1961 bis 1967 regierte Léon Mba. Sein Nachfolger war Omar Bongo Ondimba, der das Land bis zu seinem Tod im Jahr 2009 mit eiserner Hand führte, also 41 Jahre lang. Ihm folgte sein Sohn Ali Bongo Ondimba nach; 2016 wurde er gegen seinen Rivale Jean Ping nur dank offensichtlichen Fälschungen und begleitet von Gewaltausbrüchen wiedergewählt.

Immer wieder wird gegen Ali Bongo ins Feld geführt, er sei eigentlich Nigerianer und von seinem Vater während des Biafra-Kriegs adoptiert worden. In diesem Fall hätte er als gebürtiger Ausländer gar nicht zum Staatsoberhaupt gewählt werden können. Die Angelegenheit beschäftigt nach wie vor diverse Gerichte in Gabun und in Frankreich. Obwohl Ali Bongo in vielerlei Hinsicht

mit dem autoritären Regime seines Vaters brach, herrschen in breiten Kreisen Gabuns eine Stimmung der Stagnation und Resignation vor sowie ein Überdruß, seit einem halben Jahrhundert von derselben Familie beherrscht zu werden. Das Regime von Bongo senior galt lange als Paradebeispiel für die sogenannte Françafrique, also das Fortbe-



Ali Bongo
Präsident von Gabun

stehen der französischen Dominanz in den ehemaligen Kolonien mithilfe eines undurchsichtigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Geflechts. Die Bongo-Dynastie hat in dieser Zeit enorme Reichtümer angehäuft, während ein Drittel der Bevölkerung laut der Weltbank in Armut lebt.

Das ist umso absurder, als das kleine Land mit seinen lediglich zwei Millionen Einwohnern reich an Bodenschätzen ist, vor allem an Öl, Mangan und Holz. Fast 60 Prozent der Bevölkerung leben in den

beiden grossen Städten Libreville und Port-Gentil. 85 Prozent des Landes sind von Urwald bedeckt. Man würde annehmen, dass es für ein so reiches Land relativ einfach wäre, die kleine Bevölkerung, die sich an wenigen Orten konzentriert, mit dem Nötigsten zu versorgen. Aber obwohl Bongo immer wieder Anläufe zur Diversifizierung der Wirtschaft unternahm und grosse – manche sagen: grössenwahnsinnige – Infrastrukturprojekte ankündigte, fehlt es der Bevölkerung auch in den urbanen Zentren an allem, und die Versorgung beispielsweise im Gesundheitssektor ist miserabel. Die Krise verschärfte sich nach dem Zerfall des Ölpreises in den letzten Jahren noch, mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit, Streiks und Lohnkürzungen für die Staatsangestellten.

Offenbar waren am Montagmorgen Hunderte von Bewohnern dem Aufruf der Putschisten gefolgt; sie versammelten sich in der Innenstadt, um sich den Aufständischen anzuschliessen. Sicherheitskräfte trieben die Menge mit Tränengas auseinander. Selbst wenn der Militärcoup nun bereits wieder niedergeschlagen ist, weist er auf die zunehmende Fragilität des Bongo-Regimes hin. Der Präsident ist nicht nur gesundheitlich, sondern zunehmend auch politisch angeschlagen. Gabun hat seine Aura der Stabilität verloren.